

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1. Soziale Lage in Wien	10
1.1 Einführung	12
1.2 Bevölkerungsentwicklung	14
1.3 Bildung	23
1.4 Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung	29
1.5 Verteilung von Einkommen und Armut	37
2. Systeme der sozialen Sicherheit: Versicherungs- und Bundesleistungen	44
2.1 Einführung	46
2.2 Soziale Sicherheit in Österreich	48
2.2.1 Die Anfänge des österreichischen Sozialstaats	48
2.2.2 Aufbau des österreichischen Sozialsystems	49
2.2.3 Charakteristika des österreichischen Sozialstaats	51
2.2.4 Sozialausgaben in Österreich	52
2.2.5 Wirkungen der Sozialtransfers	54
2.3 Leistungen des Bundes und der Sozialversicherungen	56
2.3.1 Leistungen bei Krankheit	56
2.3.2 Leistungen für Familien mit Kindern	57
2.3.3 Leistungen bei Arbeitslosigkeit	60
2.3.4 Leistungen im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	62
2.3.5 Leistungen für Menschen mit gesteigertem Betreuungs- und/oder Pflegebedarf	64
3. Sozialhilfe in Wien	70
3.1 Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung	72
3.1.1 Überblick über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung	72
3.1.2 Die wichtigsten Veränderungen und Unterschiede zur Sozialhilfe	78
3.1.3 Zusätzliche (finanzielle) Leistungen	81
3.2 Organisation der Sozialhilfe in Wien	83
3.3 Arbeitsintegration als Steuerungsinstrument	88
3.4 Entwicklungen in der Sozialhilfe	98
3.4.1 Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Sozialhilfe	98
3.4.2 Leistungsentwicklung	102
3.4.3 Entwicklung soziodemografischer Merkmale	114
3.4.4 Lebenslagen	121
3.4.5 Regionale Verteilung	124
3.4.6 Österreichvergleich	126
4. Wiener Grundversorgung	128
4.1 Das Wiener Grundversorgungsgesetz	130
4.2 Organisation und Leistungen der Wiener Grundversorgung	133
4.3 Entwicklungen in der Grundversorgung	136
5. Schuldnerberatung Wien	140
5.1 Organisation der Schuldnerberatung Wien	142
5.2 Leistungen der Schuldnerberatung Wien	144
5.3 Entwicklungen in der Schuldnerberatung Wien	146
5.4 Novelle Insolvenzrecht	151

6. Wiener Wohnungslosenhilfe	152
6.1 Innovationen in der Wiener Wohnungslosenhilfe	154
6.2 Organisation und Leistungen der Wiener Wohnungslosenhilfe	158
6.3 Entwicklungen in der Wohnungslosenhilfe	164
6.3.1 Leistungsentwicklung	164
6.3.2 Entwicklung soziodemografischer Merkmale	169
6.4 Wohnungssicherung als Steuerungsinstrument	178
7. Wiener Behindertenhilfe	192
7.1 Das Wiener Chancengleichheitsgesetz	194
7.2 Organisation der Wiener Behindertenhilfe	196
7.3 Leistungen und Entwicklungen in der Wiener Behindertenhilfe	199
8. Pflege und Betreuung in Wien	216
8.1 Die Umsetzung des Wiener Geriatriekonzeptes	218
8.2 Leistungen der Stadt Wien für Pflege- und Betreuungsbedürftige	225
8.3 Entwicklungen der Wiener Pflege- und Betreuungsleistungen	230
8.3.1 Leistungsentwicklung	231
8.3.2 Entwicklung soziodemografischer Merkmale	235
8.3.3 Österreichvergleich	238
8.4 Zukunft der Pflegevorsorge	239
9. Wiener Sucht- und Drogenhilfe	240
9.1 Das Wiener Suchtmittelmonitoring	242
9.2 Die Wiener Drogenpolitik	243
9.3 Die Leistungen der Wiener Sucht- und Drogenhilfe	245
9.3.1 Suchtprävention	245
9.3.2 Beratung, Behandlung und Betreuung	246
9.3.3 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und soziale Integration	248
9.3.4 Öffentlicher Raum und Sicherheit	249
Abbildungsverzeichnis	251
Tabellenverzeichnis	254

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die *Stadt Wien* blickt auf eine lange Tradition vorbildlicher Sozialpolitik. Die legendären Errungenschaften des *Roten Wien* der 1920er Jahre haben in der Kombination von Gesundheitsversorgung, Wohnbau, Bildung, Kinder- und Jugendwohlfahrt sowie Freizeitangeboten auch international ein Zeichen für moderne und integrative Sozialpolitik gesetzt.

Bereits damals war den aufgeschlossenen und innovativen EntscheidungsträgerInnen klar, dass Sozialpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle Bevölkerungsgruppen erreicht und einbezogen werden.

Diese Grundsätze haben sich nicht geändert und gerade heute halte ich es für besonders wichtig, sich zum solidarischen Sozialstaat zu bekennen. Angesichts verknappter Mittel werden in der Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit die Stimmen wieder laut, die Ausgrenzung, Stigmatisierung und Missgunst das Wort reden – dies verlangt nach einer klaren Antwort.

Darüber hinaus ist das Modell des konservativen Wohlfahrtsstaats, das in Österreich immer noch vorherrscht, weniger gut geeignet, die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen langfristig zu bewältigen. Die Koppelung des Großteils der Sozialleistungen an die Erwerbstätigkeit, der starke Fokus auf Lebensstandardsicherung statt Umverteilung und nachhaltiger Chancengerechtigkeit, all das bedarf einer grundlegenden Problematisierung. Die subsidiären Systeme der Länder sind mehr und mehr gefordert, jene aufzufangen, die durch das soziale Netz des Bundes fallen, und ein Sprungbrett für deren Wiedereingliederung zu schaffen.

Wien kommt dieser Aufgabe überproportional nach. Eine nachhaltige Lösung kann aber nur in einer mutigen Reform hin zum progressiven Wohlfahrtsstaat liegen, der Armut durch entsprechende Umverteilungs- und Arbeitsmarktpolitik gar nicht erst entstehen lässt.

Die *Stadt Wien* bietet ein weitreichendes und engmaschiges Netz sozialer Sicherheit. Mit den Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen der Stadt sind die WienerInnen auch im internationalen Vergleich hervorragend abgesichert. Die medizinische Versorgung in den Wiener Spitälern, die *Bedarfsorientierte Mindestsicherung*, die Wohnungslosenhilfe, die Behindertenhilfe sowie die Pflege- und Betreuungseinrichtungen – sie alle bieten eine verlässliche Versorgung in Risiko- und Notlagen.

Deshalb freut es mich ganz besonders heuer, im *Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung*, erstmals einen *Wiener Sozialbericht* zu präsentieren. Er informiert über das breite soziale Angebot der Stadt und skizziert Erfolge und Herausforderungen. Der Bericht erklärt, wie die Steuermittel für Sozialausgaben verwendet werden. Er macht deutlich, dass man sich in Notlagen auf ein breites Angebot verlassen kann. Die *Stadt Wien* bietet genau die Unterstützung, die gebraucht wird. Wir sind auf dem richtigen Weg, stetige Verbesserungen sind aber immer möglich und immer notwendig.

Ihre Mag.^a Sonja Wehsely
Stadträtin für Gesundheit und Soziales



Rigaud



In Wien gilt das politische Bekenntnis zu einer gerechten, integrativen und solidarischen Sozialpolitik als Handlungsanleitung für sämtliche Maßnahmen im Sozialbereich. In diesem Sinne werden die Planungen auch so ausgerichtet, dass die KlientInnen der vielfältigen sozialen Angebote in Wien erreicht, bedarfsgerecht begleitet und unterstützt werden.

Die demografischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen, aber auch organisatorische Neuerungen wie zum Beispiel die Einführung der *Bedarfsorientierten Mindestsicherung* erfordern neue Angebote und Maßnahmen. Deshalb sind gerade jene Verwaltungsbereiche, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen betreuen, ständigen Reformanforderungen unterworfen. Dieser erste *Wiener Sozialbericht* soll die Ergebnisse der Erhebungen, Analysen und Interpretationen, die als Grundlagen für die sozialen Planungen der *Stadt Wien* dienen, auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Der Schwerpunkt des Berichts wird – angesichts der Neuordnung dieses Bereichs – auf die Entwicklungen in der *offenen Sozialhilfe* gelegt, deren Daten einer eingehenden Betrachtung unterzogen wurden. Die genaue Kenntnis der Zusammensetzung der Gruppe, die diese Leistungen bezieht, ihrer Lebenssituation und ihrer Bedürfnisse soll als Basis für eine weiterhin bedarfsgerechte Unterstützung dienen. Für die Folgepublikationen sind weitere soziale Fragestellungen und Schwerpunkte geplant.

Durch die Einrichtung des *Fachbereiches Sozialplanung* als eigenem Arbeitsbereich wurde es möglich, abteilungsübergreifend nicht nur die Arbeit der Einzelbereiche, sondern auch Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu erkennen und aufzuzeigen. Es freut mich daher besonders, dass es möglich war, diesen Sozialbericht als Produkt der Sozialplanungsabteilung in engem Austausch mit anderen Organisationseinheiten der *Stadt Wien* zu erstellen. Ich darf mich an dieser Stelle recht herzlich für die Unterstützung in diesem Prozess bedanken und freue mich darauf, in dieser kooperativen und produktiven Weise auch weiterhin zusammenzuarbeiten.

Mag.^a Agnes Berlakovich, LL.M.
Abteilungsleiterin der Magistratsabteilung 24 – Gesundheits- und Sozialplanung